

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 90 (1996)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : Vorrang der Arbeit vor dem Kapital - Eine 1.-Mai-Rede

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

difizierten Regeln. Einfachheit, Geschwisterlichkeit, Kontemplation. Als Gemeinschaft eine Religion neben andern.

So wenig ich selbst diesen Weg gehen kann, er leuchtet mir als Möglichkeit ein. Ob er Brückenschläge von den spirituellen Aufbrüchen, die Thema seines Vortrages in einem Zürcher Kirchgemeindehaus waren, zu gesellschaftlichen Konzepten wie jenen der Studie aus Wuppertal sehe, wollte ich in der Diskussion wissen. Ja, selbstverständlich, solche Visionen wären als Hilfe unerlässlich. Doch die entscheidende Veränderung könne nur über die Herzen, nicht über politische Strategien und Machtmenschen erfolgen.

Damit stehe ich, an einem neuen Punkt und mit neuen Fragen, wieder allein. Was, wenn das Vertrauen in Politik und Parteien vorbei ist und der Glaube fehlt für einen Orden? Mit wem sich verbinden und verbünden? Widerstand leisten an und auf welcher Basis? In der verwirrenden Vielfalt neuer kleiner Netze noch einmal auf die Suche gehen? Oder irgendwo am Rand stehen und auf die Zusammenbrüche warten? Eben lese ich in der Zeitung, die Schweiz wäre «im Jahr 2005 das Industrieland mit dem zweithöchsten Pro-Kopf-Einkommen

hinter Japan». Durchschnittliches jährliches Wachstum gemäss Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos bis dahin 2,5 Prozent.

Die im Text erwähnten Bücher:

- Hans Ruh, «Anders, aber besser». Die Arbeit neu erfinden – für eine solidarische und überlebensfähige Welt. Verlag Waldgut, Frauenfeld 1995, 156 Seiten, Fr. 28.–.
- Eric Hobsbawm, «Das Zeitalter der Extreme». Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Aus dem Englischen von Yvonne Badal. Carl Hanser Verlag, München 1995, 783 Seiten, Fr. 64.80.
- «Zukunftsfähiges Deutschland». Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Herausgegeben von BUND und Misereor. Verlag Birkhäuser, Basel 1996, 453 Seiten, Fr. 34.–. Es gibt auch eine Kurzfassung der Studie für 5 Mark beim Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland, Rheingarten 7, D-53225 Bonn.
- Lothar Mayer, «Ein System siegt sich zu Tode». Der Kapitalismus frisst seine Kinder. Zur Diskussion gestellt von der E.-F. Schumacher-Gesellschaft für Politische Ökologie. Publik-Forum, Oberursel 1993, 2. Auflage, 271 Seiten, zirka 25 Franken. Bezugsquelle in der Schweiz: Sekretariat der Beaulieu-Bewegung, Postfach 5401, 3001 Bern.
- Claus Eurich, «Aufruf zu einem neuen Orden». Gemeinsam für die Schöpfung – gegen Ohnmacht und Resignation. Kreuz Verlag, Stuttgart 1993, 189 Seiten, Fr. 31.–.

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Vorrang der Arbeit vor dem Kapital – Eine 1.-Mai-Rede

Der 1. Mai ist der Tag der Arbeit. Wenigstens an diesem Tag hat die Arbeit den Vorrang vor dem Kapital. Leider nur an diesem Tag. Aber dieser Tag soll uns daran erinnern, dass der Arbeit auch an allen andern Tagen des Jahres der Vorrang vor dem Kapital zukommen müsste.

Warum? Weil in der Arbeit der Mensch sich selbst verwirklicht. Arbeit ist Ausdruck der menschlichen Person. Und zwar jede sinnvolle Arbeit, nicht nur die Erwerbs-

arbeit. In der Arbeit engagieren sich Frauen und Männer mit ihren beruflichen und menschlichen Fähigkeiten und mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Arbeit wird in der Regel auch gemeinsam mit andern Menschen geleistet, stiftet also Gemeinschaft. Und weil der Arbeit dieser hohe Wert zukommt, besteht ein Menschenrecht auf Arbeit. Auch auf eine Erwerbsarbeit, die es allen arbeitsfähigen Menschen erlaubt, für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Kapital ist im Verhältnis zur Arbeit nur ein Mittel, und erst noch ein Mittel im Dienst der Arbeit. Es leistet keinen existentiellen Einsatz wie die Arbeit. Es trägt nur ein begrenztes Risiko, oft nur begrenzt auf die Höhe des eigenen Anteils, z.B. an Aktien. Es gibt darum auch kein Menschenrecht auf Kapital.

Wenn heute in der Schweiz 165 000 Personen als Arbeitslose registriert sind, wenn in den westlichen Ländern selbst zur Zeit der letzten Hochkonjunktur 40 Millionen arbeitslos waren, wenn in der Dritten Welt eine halbe Milliarde Menschen keine Arbeit haben, von der sie leben können, dann ist das eine soziale Katastrophe, dann muss nicht das Recht auf Arbeit in Frage gestellt werden, dann stimmt etwas nicht mit diesem Wirtschaftssystem, das so vielen Frauen und Männern eine Erwerbsarbeit vorenthält.

Ich weiss: Es ist nicht die Zeit der grossen Entwürfe. Die grossen Entwürfe machen andere, die den totalen und globalen Markt predigen. Es ist darum eine Zeit des Widerstandes. Der heutige 1. Mai steht im Zeichen des Widerstandes gegen das Arbeitsgesetz. Dieser Widerstand muss aber weitergehen, soziale und ökologische Marktwirtschaft gegen eine deregulierte Marktwirtschaft setzen, das Bündnis mit Menschen suchen, die weltweit die Opfer einer neoliberalen Marktideologie sind.

Widerstand gegen das neue Arbeitsgesetz

Im Aufruf zum 1. Mai fordert der Schweizerische Gewerkschaftsbund, «der Provokation der Arbeitgeber eine Abfuhr zu erteilen». Eine Provokation ist das neue Arbeitsgesetz, weil es nicht mehr die Arbeit schützt, sondern das Kapital. Es verlängert den normalen Arbeitstag bis 23 Uhr, mit Bewilligung bis Mitternacht. Ja, es erlaubt sogar *Nachtarbeit*, ohne sie mit Erholungszeit zu kompensieren. Das Gesundheitsrisiko für die arbeitenden Menschen nimmt zu. Schon heute fühlt sich ein Drittel derjenigen, die Nachtschicht leisten, nicht gesund. Es kommt zu Schlafstörungen, Herz-

und Kreislauferkrankungen. Aber für diese Gesundheitsschäden bezahlen nicht die Arbeitgeber, sondern die Krankenkassen, die Invalidenversicherung, kurz: wir alle.

Eine weitere Provokation liegt darin, dass die Zahl der erlaubten *Überstunden* auf 500 pro Jahr erhöht werden soll. Und das in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit. Schon 1994 wäre es möglich gewesen, mit den nichtkompensierten Überstunden 50 000 Arbeitsplätze zu schaffen. Aber das zynische Rezept der Deregulierer lautet: Mehr Überstunden für die einen, mehr Arbeitslosigkeit für die andern.

Auch die *Sonntagsruhe* wird dem Markt geopfert. An sechs Sonntagen soll das Arbeitsverbot für das Verkaufspersonal aufgehoben werden. Das bedeutet einen Dambruch. Nach dem Detailhandel werden die Zulieferbetriebe und die Transportfirmen ihre Ansprüche auf Sonntagsarbeit anmelden. Die Ausnahme wird immer mehr zur Regel, bis es keinen arbeitsfreien Sonntag mehr gibt. Darunter wird jede Gemeinschaft leiden: von der Familie bis zum Sportverein. Der gemeinsame Ruhetag ist eine soziale Errungenschaft, die dem Menschen als sozialem Wesen entspricht. Sie widerspiegelt eine uralte Erfahrung zum Schutz von uns Menschen. Sie entspricht dem Rhythmus der Schöpfung mit dem siebten Tag als Ruhetag. Darin enthalten ist eine Warnung vor dem Wahn der totalen Machbarkeit. Darum lehnen auch die Kirchen das neue Arbeitsgesetz ab. Sie können nicht zwei Herren dienen, Gott und dem Mammon, Gott und dem Götzen Markt.

Wenn jeder Tag ein Arbeitstag ist, dann bleibt keine Zeit mehr, um Distanz zu gewinnen von dem, was am Werktag passiert. Dann geht der Sinn verloren für eine andere Gesellschaft, für andere Werte als Gewinnmaximierung. Aber genau diese kritische Besinnung auf den Sinn unserer Arbeit ist nicht marktkonform. Der Markt will angepasste Menschen, rund um die Uhr flexible und auf Abruf verfügbare Menschen, am besten ungebundene Menschen, ohne Bindung an eine Lebenspartnerschaft, an eine Familie, an Kinder, aber auch ohne Bin-

derung an solidarische Gewerkschaften und Parteien.

Widerstand gegen den totalen Markt

Wenn es nach dem *neoliberalen Zeitgeist* geht, dann wird der Markt immer totaler und totalitärer. Er wird zum unumschränkten Herrscher über alles Leben, auch über die Politik, auch über die Demokratie. Wir müssen ihm den Sonntag opfern, die Nachtruhe opfern, immer mehr Freizeit opfern. Schlimmer noch als durch den Markt ausgebeutet zu werden, aber ist es, durch ihn nicht mehr ausgebeutet, d.h. arbeitslos zu werden.

Besonders zynisch wird diese Marktlogik, wenn Unternehmungen Arbeitsplätze wegrationalisieren, damit die Aktien steigen. Die Fusion von Ciba und Sandoz zu Novartis hat den Aktionären einen Kapitalgewinn von 18 Milliarden gebracht. Geopfert werden dafür 10 000 Arbeitsplätze. Der Präsident des neuen Novartis-Verwaltungsrates nennt diesen Personalabbau «bedauerlich, aber im Interesse der Zukunft unvermeidlich». Im Interesse von wessen Zukunft? Natürlich der Zukunft des Kapitals. Dagegen erscheint der Abbau von Arbeitsplätzen nur noch als «Wermutstropfen», wie es in der zynischen Sprache des Novartis-Präsidenten heisst.

Im deregulierten Markt werden die *Armen immer ärmer* und die *Reichen immer reicher*. Zu den Armen gehören Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen, kinderreiche Familien, Jugendliche, die keine Stelle finden, aber auch Erwerbstätige, die von ihren Löhnen nicht mehr leben können. Die Unterschiede zwischen Arm und Reich waren in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so gross. Die reichsten 20 Prozent kommen auf fast die Hälfte aller Einkommen, die ärmsten 20 Prozent nur gerade auf 5 Prozent. Nach einer UNO-Definition ist arm, wer über weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verfügt. Nach dieser Definition waren 1960 erst 4 Prozent unserer Bevölkerung arm. Heute sind es bereits 25 Prozent. Die Schweiz ist gemessen an den Einkom-

mensunterschieden ein Entwicklungsland, in der weltweiten Statistik zurückgefallen auf Rang 26, zwischen Thailand und Hongkong.

Für den Neoliberalismus muss das so sein, damit unser Land «*wettbewerbsfähig*» bleibt. Wettbewerbsfähig für wen? Für die Arbeitslosen, für die Fürsorgeabhängigen? Der Sprachgebrauch ist so pervers wie das System, das ihn hervorbringt: Wir müssen länger arbeiten, um Arbeitsplätze zu erhalten, auch wenn wir durch Überstunden Arbeitsplätze vernichten. So die Logik des neuen Arbeitsgesetzes. Arbeitsplätze müssen wegrationalisiert werden, um Arbeitsplätze zu erhalten. So die Novartis-Manager. Es muss den Armen immer schlechter und den Reichen immer besser gehen, sonst geraten die Staatsfinanzen aus dem Lot. So der Zürcher Regierungsrat, wenn er auf der einen Seite Steuergeschenke machen und auf der andern Seite auch noch die Altersbeihilfen abschaffen will.

Wir sind dem totalen Markt aber nicht wehrlos ausgeliefert. Bei diesem Gebilde handelt es sich mehr um die *Ideologie des Neoliberalismus* als um eine Realität. Ist da überhaupt noch Markt, wenn einer den andern schluckt, bis nur noch ganz wenige übrig bleiben? Fusionen werden zwar mit der Wettbewerbsfähigkeit begründet. Aber wer durch Fusion die Konkurrenz ausschaltet, der stellt sich gar nicht dem Wettbewerb, sondern der flieht vor dem Wettbewerb. Und wer sagt denn eigentlich, dass nur das Kapital über solche Konzentrationsprozesse zu befinden, die Arbeit dabei rein gar nichts mitzubestimmen habe? Aktionärsinteressen können doch nicht das einzige Kriterium des wirtschaftlichen Fortschritts sein.

Es gibt kreative Vorschläge, wie Entlassungen verhindert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die GBI hat z.B. ein *Novartis-Modell* vorgestellt, das die 3400 Arbeitsplätze sichern würde, die das Konzernmanagement in Basel wegrationalisieren möchte. Dazu gehören eine generelle 10prozentige Arbeitszeitreduktion, vorzeitige oder gleitende Pensionie-

rung und der freiwillige Übergang zur Teilzeitarbeit. Novartis würde die 36-Stunden-Woche einführen und damit auch ein Zeichen für die übrige Industrie setzen. Neue Arbeitsplätze schaffen allerdings nicht die Konzerngiganten, sondern die kleineren und mittleren Unternehmungen. Sie sind zu fördern. Sie wären auch der Ort, wo wir die alte *genossenschaftliche Idee der Selbstverwaltung* wieder aufnehmen und praktizieren könnten.

Widerstand gegen den globalen Neoliberalismus

Der ethische Grundsatz, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist, scheint nicht mehr zu gelten. Der ethische Grundsatz, dass der *Mensch vor dem Profit* kommt, wirkt antiquiert. Dass die Arbeit einen höheren Wert hat als das Kapital, sagen bald nur noch ein paar linke Theologinnen und Pfarrer.

Der globale Verdrängungswettbewerb verdrängt aber nicht nur Männer und Frauen, vor allem Frauen, von ihren Arbeitsplätzen, sondern er verdrängt auch ethische Überlegungen aus dem öffentlichen Bewusstsein. Alles scheint sich nur noch um die eigenen *Standortvorteile* zu drehen? Aber was sind diese Standortvorteile? Es ist für die Schweiz kein Standortvorteil, wenn der soziale Frieden in die Brüche geht. Monopolkapitalismus ist kein Standortvorteil, Überstunden sind kein Standortvorteil, der hohe Schweizer Franken ist kein Standortvorteil, die Aushöhlung von Gesamtarbeitsverträgen ist kein Standortvorteil, staatliche Sparprogramme im Bereich der Bildung sind kein Standortvorteil.

Wenn unsere Wirtschaft allerdings der neoliberalen Logik folgt, dann wird der internationale Wettbewerb um Standortvorteile mörderisch und selbstmörderisch. Dann rationalisiert sich das System kaputt. Gegen diesen Neoliberalismus ist Widerstand angesagt, nicht nur im eigenen Land, sondern in allen Ländern und weltweit. Vor allem in der *EU* und in der *WTO* muss der Welthandel reguliert, durch soziale und

ökologische Auflagen vom wilden Kapitalismus befreit werden. Dazu braucht es Druck von unten, dazu braucht es gegenüber der Internationalen des Kapitals eine Internationale des Widerstandes.

Es fehlt nicht an Hoffnungszeichen. Eines in unserer Nachbarschaft war die *Dezemberrevolte in Frankreich* gegen das unsoziale Sparprogramm der Regierung. Es war eine Revolte gegen das Gesellschaftsmodell des Neoliberalismus überhaupt. Ein anderes Hoffnungszeichen sehe ich im Aufstand der *zapatistischen Indigenas* im mexikanischen Chiapas. Dieser Tage haben sie zu einem Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus aufgerufen. Sie schreiben in ihrer poetischen Sprache: «Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung errichten: die Einheit, jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken, die Einheit all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist. – Die Internationale der Hoffnung, nicht die Bürokratie der Hoffnung, nicht die Kehrseite, die dadurch dem so ähnlich ist, das uns zerstört; nicht die Macht unter neuen Vorzeichen, in neuen Kostümen. Ein Atemzug, ja: ein Atemzug der Würde. Eine Blume, ja: eine Blume der Hoffnung. Ein Lied, ja: ein Lied des Lebens.» Das wäre eine neue Internationale, die von unten käme, die eine Befreiung von unten verwirklichen würde, einen Sozialismus, ja, aber keinen bürokratischen, sondern einen demokratischen, einen genossenschaftlichen, einen geschwisterlichen Sozialismus.

Aber wir wollen nicht einfach andere für uns kämpfen lassen. Wir leisten unseren eigenen Beitrag, zum Beispiel durch das *Referendum* gegen das Arbeitsgesetz. Es könnte zu einem Plebiszit werden gegen die wirtschaftliche und soziale Deregulierung. Mit Signalwirkung über die Schweiz hinaus.

